

Allianz gegen Rechtsextremismus
Geschäftsstelle
Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg
Fünferplatz 1
90403 Nürnberg
Fon: +49 (0)911 / 231 90587
Fax: +49-(0)911 / 231 30 40
kontakt@allianz-gegen-rechtsextremismus.de
www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de

Nürnberg, am 17.08.2020

Pressemitteilung: Aktuelle Forderungen der Allianz im Kampf gegen Rechtsextremismus

Die *Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg* setzt sich seit mehr als 10 Jahren aktiv und engagiert gegen alle Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit insbesondere Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit sowie Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit ein.

„Die rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Anschläge und Übergriffe der letzten Monate in der Metropolregion Nürnberg und in der Bundesrepublik zeigen, dass ein entschiedenes Eintreten gegen Rechtsextremismus unverzichtbar ist. Dies ist gerade jetzt wichtig, da die AfD nun in viele Kommunalparlamente in der Metropolregion Nürnberg eingezogen ist“, sagt Stephan Doll, Vorsitzender der Allianz.

Auch der kürzlich vorgestellte Bundes-Verfassungsschutzbericht betont eindringlich: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stellen „die größte Bedrohung für die Sicherheit in Deutschland“ dar. Auf dieses - allerdings verspätete - Zeichen müssen nun die richtigen Schlüsse und Taten folgen.

Aus diesem Grund verabschiedete der Vorstand der Allianz am 30.07.2020 in seiner Sitzung ein Papier mit aktuellen Forderungen der *Allianz* im Kampf gegen Rechtsextremismus.

Rückfragen bitte an:

Geschäftsstelle Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg
kontakt@allianz-gegen-rechtsextremismus.de,
oder an Stephan Doll 0911-24916-6

Aktuelle Forderungen der Allianz im Kampf gegen Rechtsextremismus

- Die Ablehnung einer **Studie zu Racial Profiling** in der Polizei durch Bundesinnenminister Seehofer ist für uns unverständlich. Dass Racial Profiling in Deutschland ein Problem ist, zeigen verschiedene Berichte in regelmäßigen Abständen. Zudem hat die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) Deutschland mehrfach aufgefordert, eine solche Studie durchzuführen. Die Ablehnung durch den Bundesinnenminister ist aus unserer Sicht eine vergebene Chance und schadet den Polizeibehörden. Struktureller Rassismus muss in allen staatlichen Stellen (wie bspw. Behörden und Ämtern) erkannt und nachhaltig bekämpft werden.
- Um die **rechtsextremen Strukturen und Netzwerke in der Bundeswehr** wirksam und nachhaltig auszuheben, braucht es eine klare Haltung sowie demokratische Bildung auf der Basis der Menschenrechte innerhalb der Bundeswehr. Dafür sind unabhängige Beschwerde- bzw. Antidiskriminierungsstellen in allen hoheitlichen Stellen des Staates dringend notwendig, bei denen rechtsextremistische Vorfälle konsequent erkannt und gemeldet werden.
- Wir fordern eine **grundsätzliche Diskussion über den Waffenbesitz** in Deutschland. Es ist für uns unverständlich, warum beispielsweise die teils gewaltbereiten Reichsbürger/Selbstverwalter legal einen Waffenschein besitzen dürfen.
- Gerade jetzt in der aktuellen Corona-Pandemie beunruhigen uns **Verschwörungsbehauptungen**, die staatliches Handeln und das Funktionieren unserer Demokratie anzweifeln. Zudem zeigen Analysen der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Bayern eindeutig, dass **Antisemitismus** auf vielen Demonstrationen (auch in Nürnberg) verbreitet wird und alte Vorurteile und Stereotype einer „jüdischen Weltverschwörung“ wieder aus dem dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte hervorgeholt werden. Der *Allianz* ist es wichtig, die Bürger*innen dafür zu sensibilisieren und genau hinzusehen, von wem die Demonstrationen angemeldet werden und wer dort mitläuft. Wir möchten daher alle Bürger*innen ermutigen, solche Demonstrationen und Kundgebungen kritisch zu hinterfragen und sich nicht von den Feinden unserer Demokratie instrumentalisiert zu lassen. Rassist*innen und Rechtsextremist*innen machen sich die Angst der Bevölkerung zu Nutze, um für Ihre vermeintlich einfachen Antworten zu werben.
- Weiterhin betonen wir, dass die **geistige Brandstifterin** dieser Entwicklungen nach wie vor die AfD ist. Die momentane Diskussion wird zwar vom Parteiausschluss einiger führender Funktionär*innen und der Diskussion um die Beobachtung des Flügels durch den Verfassungsschutz dominiert. Allerdings sollte dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei der AfD um eine Partei handelt, die auf bundes-, landes- und kommunalpolitischer Ebene antidemokratisch handelt und unsere demokratische Grundordnung zu zerstören versucht. Wir appellieren nun nach der

Kommunalwahl und vor der Bundestagswahl im nächsten Jahr eindringlich, nicht der **Selbstverharmlosungsstrategie der AfD** auf den Leim zu gehen. Als *Allianz* mit unseren über 380 Mitgliedern fordern wir von allen gewählten und demokratischen Politiker*innen, dass es mit der AfD keine Zusammenarbeit geben darf. Dies würde nur zu einer Normalisierung ihrer rechtsextremen und rassistischen Positionen beitragen. Wir schließen damit auch explizit aus, sich mit Stimmen der AfD in Ämter heben zu lassen oder eigene politische Ziele mit den Stimmen der AfD durchzusetzen. Vorkommnisse wie bei den Wahlen des 2. und 3. Bürgermeisters in Höchststadt sind in diesem Zusammenhang untragbar.

- Eine wesentliche Rolle bei der Verbreitung des Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit spielen nach wie vor das **Internet und die „sozialen“ Medien**, die teilweise vor Hass und Hetze gegen Einzelpersonen, Gemeinden, Organisationen und Initiativen, Politiker*innen etc. nur so strotzen. Als erschreckendes Beispiel wäre hier die Internetplattform „Hallo Meinung“ des Schwarzenbrucker Unternehmers Peter Weber mit Sitz in der Metropolregion zu nennen, die sich in den sozialen Medien eine Anhängerschaft aufgebaut hat, die weiterwächst und auch finanziell bestens ausgestattet ist. Wir Demokrat*innen müssen hier alle Haltung und eine klare Kante zeigen – im Alltag, im Berufsleben, in der Kneipe, in den „sozialen“ Medien etc.
- Wir fordern weiterhin einen **zweiten Untersuchungsausschuss** im Bayerischen Landtag zu den **Morden des NSU** und den dahinterstehenden Netzwerken. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass mit der Verurteilung bzw. den Selbstmorden des „Kerntrios“ all die dahinterstehenden Netzwerke ausgehoben sind. Dies zeigen auch die Nachforschungen des NN-BR-Rechercheteams zum NSU. Es entsetzt uns, dass Politiker*innen und Anwält*innen Drohungen erhalten, unterschrieben mit „NSU 2.0“.
Wir setzen uns außerdem dafür ein, das **Gedenken an die Opfer und das Leid der Angehörigen** in den Vordergrund zu stellen. Der Tod des ersten Opfers des NSU-Terrors in Nürnberg jährt sich am 9. September dieses Jahres zum 20. Mal. Gemeinsam mit dem Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg, der Initiative „Das Schweigen durchbrechen“, dem Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände und Angehörigen des Opfers gedenken wir am Tatort der Ermordung von Enver Şimşek. Die *Allianz* fordert die Stadt Nürnberg auf, alle Mahnmahle und Gedenkstätten würdig zu pflegen.
Das **Oktoberfestattentat von 1980** wurde nun zurecht – aber verspätet – als rechtsextremistische Tat eingestuft. Wir fordern, dass die Opfer und die Angehörigen dieses furchtbaren Anschlags endlich angemessen entschädigt werden sowie einen Untersuchungsausschuss, der die Hintergründe aufklärt.
- Bei der gemeinsamen Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind die **Justiz und die Ordnungsbehörden** von elementarer Bedeutung. Der Fackelmarsch vor einem Jahr am Nürnberger **Reichsparteitagsgelände** hatte als Ordnungswidrigkeit eine lachhaft niedrige Strafe in Höhe von 1200 € zur Folge. Eine Summe, die von der Szene wahrscheinlich ohne Probleme zu bezahlen ist.

Wir fordern eine breite Diskussion, wie in Zukunft mit der Steintribüne umgegangen werden kann, um solche unfassbaren Aufmärsche extrem rechter Gruppen an diesem zentralen Erinnerungsort in Zukunft zu verhindern.

Einige Urteile der letzten Zeit lassen uns allerdings daran zweifeln, dass der Wille da ist, antidemokratische Vorfälle entsprechend zu sanktionieren. Es ist für uns unverständlich, warum die Beschlagnahmung der Immobilie **Oberprex 47**, die jahrelang als wichtige Immobilie u.a. für das Freie Netz Süd genutzt wurde, für rechtswidrig erklärt wurde. Damit fällt diese Immobilie zurück in die Hände derer, die schon einmal verfassungswidrige Aktivitäten „zumindest bedingt vorsätzlich“ gefördert haben.

Diese Entwicklungen, zeigen, dass es gerade zivilgesellschaftliches Engagement im Schulterschluss mit den Kommunen der Metropolregion Nürnberg braucht, um Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wirksam entgegen zu treten.

Nach wie vor braucht es dafür eine strukturelle Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements – beispielweise über ein Demokratiefördergesetz.

Der Freistaat Bayern unterstützt zivilgesellschaftliches Engagement wie das der *Allianz* bisher nicht. Deshalb fordern wir eine strukturelle und nachhaltige Förderung der *Allianz* durch den Freistaat. Das Handlungsprogramm gegen Rechtsextremismus muss endlich mit einem Budget ausgestattet werden.